

GeZeit

Zeitung der FV Gewi Oktober 2009

biId dung



Montage: Matthias Vigi

Editorial

Was machen wir da eigentlich – auf der Uni?
Und wofür? Wo doch das mit der Bildung alles anders geworden ist, in den letzten Jahren. Ausbildung ist das Wort der Stunde. Obwohl: Letztens im Gespräch mit einer Uni-Offiziellen haben wir was Neues gelernt. Ausbildung ist schon wieder Schnee von gestern. Was zählt, ist die fachliche Vorbildung. Das sind zumindest zwei Wörter und eines davon hat eine Vorsilbe. Schön. Dabei ist Bildung auch ein schönes Wort und noch dazu ein verstecktes Kompositum: BildDung. Das ist auch semantisch interessant, weil ambivalent: beschissen und nährstoffreich.

Der Wahnsinn ist eingekehrt.

eure gezeit

2



Inhalt

- 3 ## Studieren in Mindestzeit
- 6 ## Rassismus als Bildungsproblem?
- 9 ## Liebe Partei, was verstehst eigentlich du unter Bildung?
- 13 ## „Freiheitsrechte und so...“ – Politische Bildung in der FPÖ
- 15 ## Vor der Demo ist nach der Demo – ein Beispiel
- 16 ## SÖS DieLinkeSDS Österreich – Gibt's da was zu verpassen?
- 22 ## Die schwer nachweisbare Eigenschaft
- 27 ## Lob der Bildung – Liebe zur Arbeit
- 31 ## Bildung für alle, sonst gibt's Krawalle!

Impressum

Herausgeberin: ÖH Uni Wien, Altes AKH, Uni Campus, Hof 1, Spitalgasse 2-4, 1090 Wien ## Fv Gewi (HiKu und PhiKu), Unicampus, Hof 2, * fv-gewi@univie.ac.at. * www.univie.ac.at/fv-gewi *

Redaktion: Gewi Plenum

Layout: Dominik Wurnig

Lektorat: Andreas Maier, Veronika Helfert

MitarbeiterInnen: Wilhelm Marksches, Marie Melior, Andreas Maier, Elisabeth Lambrecht, Fabian Steinschaden, Dominik Wurnig, Veronika Helfer, Matthias Vigl, Tobias Zortea, Sysiphus, Irma Wolicka, Sarah Kanawin, Lynn Claude

Bilder: Gewi Archiv, Matthias Vigl, Dominik Wurnig, Lynn Claude, Wikipedia, Andreas Maier

Druck:

Erscheinungsdatum: Oktober 2009

Studieren in Mindestzeit

Das Bild des Studiums und der Studierenden hat sich im letzten Jahrzehnt radikal verändert. Nicht nur wegen des sogenannten „Bologna-Prozesses“ (also der Umstellung der Diplomstudien auf die Bachelor/Master-„Architektur“), sondern auch, weil die Regierung ganz allgemein den ökonomischen Druck auf Studierende verstärkt hat. Zuerst wurden immer mehr Vergünstigungen für StudentInnen gekürzt, dann wurden auch noch die Studiengebühren eingeführt (und dann pseudomäßig wieder „abgeschafft“, d.h. durch Strafgebühren für „Bummelstudenten“ ersetzt).

Die prekäre Arbeitsplatzsituation um 2000 führte dazu, dass immer mehr Leute nach der Schule zum Studieren begannen – nach dem Motto: „lieber studieren als arbeitslos“. Der gesellschaftliche Druck führte dazu, dass sie glaubten, selbiges immer schneller tun zu müssen – was wiederum dazu führte, dass Studieren immer mehr als (Berufs-) „Ausbildung“, denn als „Bildung“ aufgefasst wurde.

~~~~~  
*Früher gab es eine „Mindeststudiendauer“, deren Name tatsächlich ernst gemeint war.*  
~~~~~

Mindeststudiendauer

Im Zuge der Umstellung der Diplomstudienpläne auf Bachelor-/Mastercurricula, fand auch eine Nomenklaturänderung statt, die es in sich hat. Früher gab es eine „Mindeststudiendauer“, deren Name tatsächlich ernst gemeint war. Unter dieser Zeit konnte man das Studium gar nicht abschließen (außer man hatte eine Ausnahmegenehmigung). Heute hat dieser Zeitraum, der damals als absolutes Minimum galt, innerhalb dessen ein Studium abschließbar war, einen neuen Namen: „Vorgesehene Studiendauer“. Es wird also erwartet, dass



U Express 13. September 2002

man das Studium in der Zeit, die früher einmal die absolute Minimalzeit war, abschließt.

Während es früher normal und erwünscht, teilweise sogar erforderlich war, mehrere Studienrichtungen zu studieren (früher gab es noch die kombinationspflichtigen Studien, bei denen mindestens zwei Studienrichtungen „kombiniert“ werden mussten), scheint heute das genaue Gegenteil dem allgemeinen Interesse zu entsprechen: Möglichst schnell und möglichst spezialisiert sollen die Leute studieren. Die Uni als Fachidiot*innenproduzentin gewissermaßen.

3

Das zeigt sich erstmal an den gesetzlichen Regelungen: Für ein Studium hat man die vorgesehene Studiendauer plus zwei Toleranzsemester Zeit. Danach gibt's Sanktionen: Streichung der Familienbeihilfe (außerdem Streichung evtl. erhaltener Studienbeihilfe) und Verrechnung von Studiengebühren.



Was muss ich tun, um das in
Mindestzeit bzw. möglichst
schnell abzuschließen?

Erweiterungscurricula

Das zeigt sich weiters an der Uni Wien-internen Studienplangestaltung: Erweiterungscurricula (EC) statt freier Wahlfächer. War es mit den freien Wahlfächern noch möglich, sich interessante (oder vielleicht auch nur einfache) Lehrveranstaltungen aus anderen Studienrichtungen zusammenzusuchen, sind die Erweiterungscurricula streng normiert. Nur was das jeweilige EC vorsieht, darf (und kann!) gemacht werden. Wenn also in einem Semester mal eine besonders spannende Lehrveranstaltung in einer anderen Studienrichtung angeboten wird – Pech gehabt: Ist leider nicht anrechenbar. Zusätzlich führt das auch noch zu einem Niveauverlust, da Erweiterungscurricula in der Regel nur aus Vorlesungen bestehen (also keine prüfungsimmanenten Lehrveranstaltungen beinhalten).

Und zu guter Letzt zeigt es sich am gesellschaftlichen Druck auf „Bummelstudenten“. Wer für das

Studium so lange braucht, wie er/sie nun einmal braucht, wird von Verwandtschaft und ähnlichen Quälgeistern gerne schief angeschaut. Das ständige Nachfragen ob man „eh brav studiert“, wann man denn „endlich fertig wird“, usw. belastet und nervt immer mehr Studierende.

Diese Melange aus strikten Gesetzen und autoritär gesinnter Gesellschaft geht an den Studierenden natürlich nicht vorbei und fließt direkt in die Studiensituation mit ein. Entsolidarisierung, das stumme In-Sich-Hineinlernen und die Unfähigkeit zur Kooperation (denn natürlich haben alle gelernt, dass die Studienkolleg*innen von heute die Arbeitsplatzkonkurrent*innen von morgen sein werden) sind es, die den Druck, der auf den Einzelnen lastet, zu einem kollektiven Druck machen, der sich aber immer nur gegen das Individuum richtet. Engagement abseits des Studiums ist nur dann interessant, wenn es auch im Lebenslauf erwähnbar ist.

Dass in einer solchen Situation die gesellschaftliche Reflexion, das Erkennen der eigenen gesellschaftlichen Stellung, auf der Strecke bleiben muss, dürfte klar sein.

Die am häufigsten gestellte Frage von Erstsemestri- gen ist folgerichtig auch nur sehr selten „Was lern ich da?“, oder gar „Wozu brauch ich das?“, sondern dann doch immer nur „Welchen Beruf kann ich damit später machen“ und „Was muss ich tun, um das in Mindestzeit bzw. möglichst schnell abzuschließen?“.

Tatsächlich ist es aber überhaupt keine Leistung ein Studium schnell abzuschließen. Ein Gutteil der Curricula wären wohl sogar in der Hälfte der „vorgesehenen Studiendauer“ locker machbar, wenn man sich ein bisschen reinhängt. Bewiesen hätte man damit allerdings weder eine besondere Intelligenz noch großartiges Lernvermögen, sondern bestenfalls eine gute Koordinations- und Pla- nungsfähigkeit.

Früher

Auch wenn es wie eine Romantisierung der Ver- gangenheit wirken mag, aber so ist es noch keine

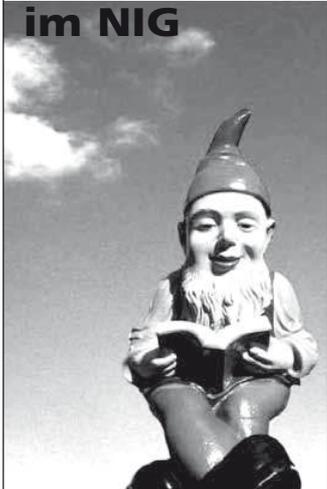
zehn Jahre her, als es noch nicht Usus unter den Studierenden war, durchs Studium zu hetzen, son- dern man sich die Zeit genommen hat, um Sachen wirklich zu begreifen und zu verstehen.

Natürlich ist ein Studium, das in Mindestzeit abgeschlossen wurde, auch ein tolles Signal an die zukünftigen Arbeitgeber*innen, dass man vorhat, sich brav der Wertverwertung zu unterwerfen und sicher nicht, mit eigenen Gedanken Sand ins Getriebe streut.

In diesem Sinne:

Hört auf zu studieren. Fangt an zu begreifen.

von Wilhelm Markschies

<p>Bücherbörse im NIG</p> 	<p>Öffnungszeiten (während des Semesters)</p> <p>Mo 12 bis 19 Uhr Di–Fr 11 bis 17 Uhr</p> <p>NIG, 1., Universitätsstraße 7, Erdgeschoss Telefon: 01/4277-19506 buecherboerse@oeh.univie.ac.at www.univie.ac.at/buecherboerse</p> <p>So funktioniert die Bücherbörse</p> <p>Bei uns findest du über 10 000 Bücher und Skripten mit Schwerpunkt auf den geistes-, kultur, human- und sozialwissenschaftlichen Fächern. Bücher die du nicht mehr brauchst, kannst du bei uns auf Kommissionsbasis verkaufen.</p> <p>Du kannst bis zu zehn Bücher pro Woche bei uns vorbeibringen. Ein Buch, das du in die Bücherbörse stellst, darf maximal den halben Neupreis kosten. Deine Bücher können ein Jahr in der BüBö stehen, im letzten Monat wird der Verkaufspreis auf die Hälfte reduziert. Unverkaufte Bücher, die nach einem Jahr nicht abgeholt werden, gehen an die BüBö – und wandern in die 50-Cent-Kiste.</p>
--	--

Rassismus als Bildungsproblem?

Dummheit Rassismus?

Bei Rassismus – und natürlich auch bei Antisemitismus – handelt es sich nach gängiger Meinung in Österreich um ein Bildungsproblem. Den Menschen, die in rassistischen Stereotypen denken, fehle es an der Fähigkeit differenziert zu denken, sie hätten ein zu geringes Wissen über die Komplexität der momentanen Gesellschaft oder die österreichische Vergangenheit oder sie wären aufgrund ihrer Unbildung nicht in der Lage, mit kultureller Vielfalt umzugehen. Die Ursache für den wachsenden Druck am Arbeitsmarkt und die drohende Arbeitslosigkeit suchen die bildungsfernen Schichten demzufolge lieber bei den MigrantInnen als im viel abstrakteren Wirtschaftssystem, wohingegen gut gebildete BürgerInnen die ihnen zur Verfügung stehenden Informationen besser und vorurteilsfreier verarbeiten. So weit zumindest der liberale Common Sense.

6

Antirassistische Initiativen werden demgemäß auf das Faktum der Bewusstseinsbildung reduziert. Aus diesem Blickwinkel scheint die einzige Strategie gegen Rassismus in langfristiger Aufklärungsarbeit zu liegen – unter Umständen noch mit wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen flankiert. So heißt es etwa im „10 Punkte – Aktionsplan der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus“, der auch die Stadt Wien angehört, dass die Bekämpfung von Rassismus durch Bildung und Er-

ziehung zu erfolgen hat. Wüssten die Menschen mehr über MigrantInnen und ihre Kulturen oder die Zeit des Nationalsozialismus, das rassistische Denken würde aus den Köpfen der Menschen verschwinden und nur einige unverbesserliche Starrköpfe würden weiterhin auf ihren einfältigen Projektionen beharren. Rassismus, eine Dummheit, über dessen Inhalt der gebildete Mensch nur schmunzeln kann?

Der Blick von oben

Dass diese Einschätzung letztendlich einen hierarchischen Blick von oben impliziert, ist kaum zu übersehen. Rassismus erscheint als Relikt aus vergangenen dunklen Zeiten, die vernünftigen Menschen des Einundzwanzigsten Jahrhunderts scheinen sich längst über diese Barbarei erhoben haben.

Dass sich dahinter eine – vielleicht unbewusste – Gleichsetzung von RassistInnen mit Abkömmlingen der unteren Klassen versteckt, wird in den hegemonialen antirassistischen Diskursen übergangen. Genauso wie ein ebenso vorhandener – und nicht weniger bedenklicher – Rassismus in intellektuellen und wohlhabenden Gruppen verleugnet wird.

Die fatale Konsequenz dieser Sichtweise liegt darin, dass Rassismus als ein unpolitisches Phä-

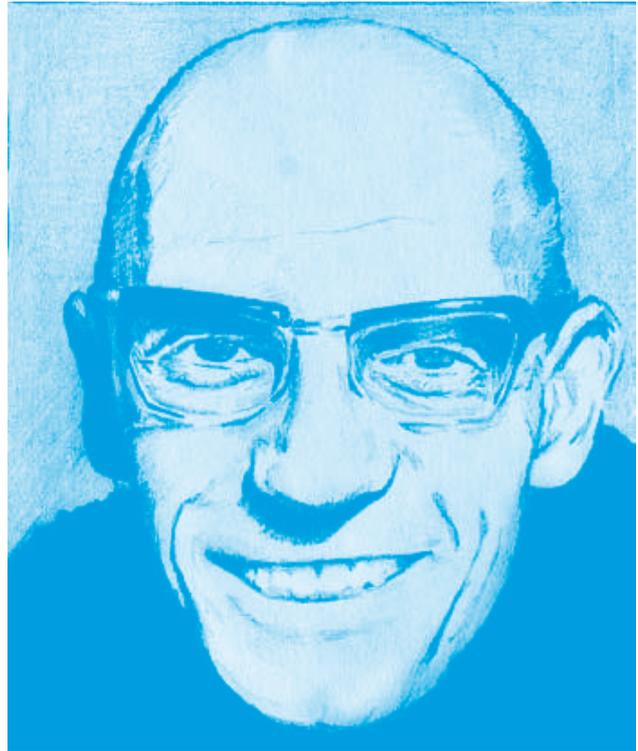
nomen gefasst wird. Nahe gelegt wird dadurch, dass Rassismus von populistischen Parteien mit niederen politischen Zielen instrumentalisiert und mobilisiert wird, um Wahlen zu gewinnen. Der Rassismus selbst, seine Strukturen, seine institutionellen Verankerungen und die Rolle der Staatsapparate werden hingegen nicht als politisches Kampffeld wahrgenommen. Antirassismus reduziert sich auf eine Frage der Moral und büßt dadurch seinen politischen Charakter ein.

~~~~~  
*Rassismus, eine Dummheit, über dessen Inhalt der gebildete Mensch nur schmunzeln kann.*  
~~~~~

Systematische Ausblendung

Was diese Perspektive systematisch ausblendet, sind die gesellschaftlichen Faktoren des Rassismus. Ideologien sollten keinesfalls als passive Reflexe auf ökonomische, kulturelle oder staatliche Verhältnisse reduziert, sondern immer auch als einen aktiven Beitrag der Individuen verstanden werden. Im beschriebenen Fall wird vor allem die subjektive Seite in den Blick genommen und lediglich auf bildungspolitische und soziale Zusammenhänge verwiesen, wobei sämtliche andere (Mit-) Ursachen gänzlich aus dem Blickfeld geraten.

Dem gegenüber hat etwa der französische Philosoph Michel Foucault in den 70er Jahren mit seinen Analysen der Biopolitik entscheidende Beiträge zum Verständnis des Rassismus geliefert. Moderne Machtverhältnisse sind Foucault zufolge dadurch gekennzeichnet, dass sie nicht mehr beschränken und verbieten, sondern aktiv darauf zielen, bestimmte Handlungen hervorzustellen. Der moderne Staat unterscheidet sich vom feudalen Herrschafts- und Unterdrückungsapparat dadurch, dass er Menschen in erster Linie als



Produktionsmittel betrachtet. Während sich die Macht feudaler Herrschaftsapparate im Recht, den Untertanen zu töten, gipfelte, zeichnen sich moderne Machtverhältnisse durch die Steigerung der menschlichen Fähigkeiten im Interesse bestimmter machttechnischer Erwägungen aus.

Um allerdings eine Linie zwischen jenen Gruppen, deren Arbeitsfähigkeit durch diverse Maßnahmen gesteigert werden soll und jenen Gruppen, die nicht in diesen Bereich fallen, zu ziehen, bedarf es einer Zäsur: Diese Funktion übernimmt der Rassismus in verschiedensten Ausprägungen. Durch diese Verschiebung erscheint Rassismus nicht mehr als äußeres Übel, sondern als integraler Bestandteil moderner Staaten. Ein bildungspolitischer Ansatz muss demgegenüber blind bleiben.



Moralischer Antirassismus?

Die belgische Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe hat in ihrem Buch „Über das Politische“ die These aufgestellt, dass Moral immer dann in der Politik auftaucht, wenn politische Konflikte nicht mehr ausgeglichen werden können. Sind wir heute nicht genau mit dieser Situation konfrontiert? Inhaltliche Differenzen zwischen den Parteien verschwimmen, essentielle politische Debatten sind Mangelware und Politik verkommt zusehends zur Verwaltung des Staates. Lediglich in der Frage des Rassismus der FPÖ herrscht so etwas wie Leidenschaft in der Politik. Aber genau diese Leidenschaft, die sich ausschließlich in moralischen Argumentationsfiguren artikuliert, ist Symptom des politischen Zustandes und nicht mehr als die andere Seite der Medaille. So unpolitisch die gegenwärtige Politik ist, so unpolitisch ist auch die Debatte über den Rassismus der FPÖ: Sie ist längst zu einer Frage des Stils verkommen.

So lange Rassismus mit Unwissen gleichgesetzt wird, wird sich auch der Antirassismus vor seiner politischen Aufgabe drücken. Das Bedürfnis, Rassismus nicht als apolitische Dummheit wahrzunehmen, resultiert aus den blinden Flecken dieser Sichtweise.

So unpolitisch die gegenwärtige Politik ist, so unpolitisch ist auch die Debatte über den Rassismus der FPÖ.

Rassismus muss als Bestandteil staatlicher, ökonomischer und politischen Verhältnisse erkannt und Antirassismus in ein gesamtpolitisches Konzept eingeschrieben werden. Ob Arbeitslosigkeit als strukturelles Resultat des Kapitalismus, als Ergebnis einer unfähigen Regierung oder etwa als Folge von Migration symbolisiert wird, wird in erster Linie durch politische Auseinandersetzungen entschieden. Aufklärung und Bildung kann diese vielleicht unterstützen, aber bestimmt nicht ersetzen.

von Fabian Steinschaden

Liebe Partei, was verstehst eigentlich du unter Bildung?

Wenn Parteien selbst aufgefordert sind Bildung anzubieten, verstehen sie darunter vor allem die Vermittlung des eigenen Weltbildes sowie das Erlernen von ‚soft skills‘. Ein kritischer Blick auf die Bildungsakademien der Parlamentsparteien.

Wie ein jubelnder Fußballfan springt einem Strache auf dem Programm des FPÖ Bildungsinstituts entgegen. Insgesamt 16mal ist er auf Fotos zu sehen. Das Programmheft erinnert mehr an eine bunte Wahlkampfzeitung, als an das Angebot einer seriösen Bildungseinrichtung. Die Freiheitlichen verschickten ihr neues Bildungsprogramm per Zufall an junge Menschen und locken diese mit ‚soft skills‘-Workshops. Teilnehmen dürfen alle an den kostenlosen Veranstaltungen. Ziel des Instituts ist es, „Bürger [!] zu motivieren, sich aktiv am politischen Leben zu beteiligen [...] und jungen Leuten Rüstzeug mitzugeben“¹. Neben Seminaren zu Rhetorik und Argumentation finden sich aber auch zutiefst rechte Veranstaltungen zu EU, Antifaschismus, DDR und Menschenrechten, die in diesen Kreisen stets gegen das Verbotsgesetz verwendet werden. Nachdem dieses Programm

auch in meiner Wohngemeinschaft gelandet ist, wollte ich mehr darüber erfahren, was es mit den staatlich finanzierten Bildungseinrichtungen der Parlamentsparteien eigentlich auf sich hat.

Gesetzliche Basis

Das Gesetz zur Förderung der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit im Bereich der Parteien sieht als Ziele der Förderungen die „politische und kulturelle Bildung sowie die Einsichten in politische, ökonomische, rechtliche und gesellschaftliche Zusammenhänge“². Die Parteien bestimmen dabei eineN RechtsträgerIn (siehe Factbox auf Seite 11), der/die mehr oder weniger unabhängig von ihr agiert. Bei Vorträgen, Schulungen und Co dürfen manchmal alle mitmachen, oft bleiben die Mitglieder aber auch lieber unter sich.

Die hegemoniale Diskussion über Bildung im tertiären Sektor bewegt sich zwischen den Polen des humanistischen, kritischen Bildungsideals zur Persönlichkeitsentfaltung und den Erfordernissen und Wünschen der Privatwirtschaft. Kindergärten

² §1. Abs.1. 2. Bundesgesetz Förderung staatsbürgerlicher Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien sowie der Publizistik. 9.7.1972.

¹ Bildungsprogramm Jugend 2009. FPÖ Bildungsinstitut. S.1.

Factbox

Alle 5 im Nationalrat vertretenen Parteien haben eine Einrichtung zur „staatsbürgerlichen Bildungsarbeit“:

Renner Institut (SPÖ)

Politische Akademie (ÖVP)

FPÖ Bildungsinstitut

Grüne Bildungswerkstatt

Zukunftsakademie Österreich (BZÖ)

Gesetzliche Basis ist das Bundesgesetz vom 9. Juli 1972 über die Förderung staatsbürgerlicher Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien sowie der Publizistik.

und Schulen sollen vor allem die Aufgabe der Erziehung, der Allgemeinbildung und der Förderung von Wissen übernehmen. Zusätzlich sollen sie die Chancengleichheit aller ermöglichen und neue Eliten schaffen. Das entspricht ungefähr den Ideen der Parteien im Nationalrat. Doch findet sich das auch in ihren Bildungseinrichtungen wieder?

Was bieten die so an?

Die Angebote und Aufgaben aller Parteiakademien lassen sich grob in drei Bereiche einteilen: Fort- und Weiterbildung, ideologische Schulungen und ‚Think Tank‘. Weiters geben sie Bücher heraus und die Grüne Bildungswerkstatt unterstützt auch externe Initiativen und Veranstaltungen.

Die ÖVP und ihre PolAk sind hier am deutlichsten. Sie teilt sich auf in die ‚Kaderschmiede‘ zur

Schulung und Ausbildung von Mitgliedern und die ‚Denkfabrik‘, die von Sabina Schiftar von der PolAk beschrieben wird: „Wir denken Zukunft.“ Im Vorwort des aktuellen Programms liest sich das dann als „Nachdenken über gesellschaftspolitische Prozesse abseits des tagespolitischen Geschäfts“ sowie „Weiterentwicklung der christdemokratischen Programmatik“³.

Den größten Teil ihrer Arbeit widmen alle Akademien der Weiterbildung von Funktionär*innen und Mitgliedern. Einzig die Grünen verzichten auf die obligatorischen Rhetorik-, Öffentlichkeitsarbeits- und Selbstdarstellungsseminare. Bildungspolitisch fragwürdige Gustostückerl wie „Was gute Manieren bringen?“ (FPÖ) oder „Kraftvoll in stimmigen Bildern sprechen. Persönliche Präsenz und kreative Sprache“ (SPÖ) finden sich darunter. Die Bildung für Parteiangehörige ist praktisch gleichzusetzen mit Aussehensoptimierung und Verbesserung der Kommunikation. Die erfolgreiche, geschickte Medienarbeit tritt, gegenüber den Inhalten selbst, in den Vordergrund. Fortbildungen zu Steuerrecht, zur Arbeit im Gemeinderat und Ähnliches haben ebenfalls einen großen Stellenwert.

Die ideologischen Schulungen stimmen auf das ‚richtige‘ Welt- und Geschichtsbild und indoktrinieren die Werte und Grundsätze der Bewegungen. Das Renner Institut entwirft Zukunftsvisionen für Sozialdemokratie sowie die EU und wieso der Markt Kontrolle braucht. Sie bieten aber auch Seminare und Vorträge zu Gleichstellung von Frauen und Männern, Rassismus und Integrationspolitik an. Bei der FPÖ geht es vor allem dagegen – gegen Antifaschismus, DDR, Frankfurter Schule, EU und unter dem Deckmantel der Men-

³ Beides: Aus- und Weiterbildung 2009. Politische Akademie der ÖVP. S.5.

schenrechte gegen das Verbotsgesetz und den Islam. Die Grüne Bildungswerkstatt widmet sich dem Marx'schen Kapital, der eigenen Geschichte, alternativer Pädagogik und Politaktivismus sowie Geschlechterrollen.

Die Bildung für Parteiangehörige ist praktisch gleichzusetzen mit Aussehoptimierung und Verbesserung der Kommunikation.

Nicht ganz zu trennen von der Vermittlung der Ideologie ist die Aufgabe des ‚Think Tanks‘ für die Parteien. Die Bildungseinrichtungen bieten Raum an, Neues zu denken, Ideen zu entwickeln und sich mit Grundsätzlichem auseinanderzusetzen. Neue Parteiprogramme entstehen in der Regel nicht ohne ihr Zutun. Vieles davon geschieht hin-

ter den Kulissen und spiegelt sich nicht im publizierten Veranstaltungsprogramm wieder.

Was in den Akademien nicht passiert, ist eine unabhängige theoretische oder wissenschaftliche Auseinandersetzung, die auch mal diametral zur eigenen Parteilinie steht. Sie sind kritische Nischen und vertreten auch mal extremere und deutlichere Positionen als diese. Nur zum Teil werden sie der Aufgabe gerecht, Zusammenhänge verständlich zu machen. Im Sinne der Mediendemokratie wird viel Aufwand um den Schein betrieben. Staatskritisches und antikapitalistisches Denken außerhalb des hegemonialen Diskurses bleibt weitgehend außen vor.

von Dominik Wurnig

Die absurdesten Veranstaltungen der Parteiakademien

Erfolgreich durch ICH-Stärke (FPÖ)

Neu! Jung! wahlberechtigt! Jugendliche Lebenswelten besser verstehen (SPÖ)

Grundsätze im Vergleich. Parteiprogramme stammtischtauglich machen. (ÖVP)

Provokation, Polemik und Killerphrase (FPÖ)

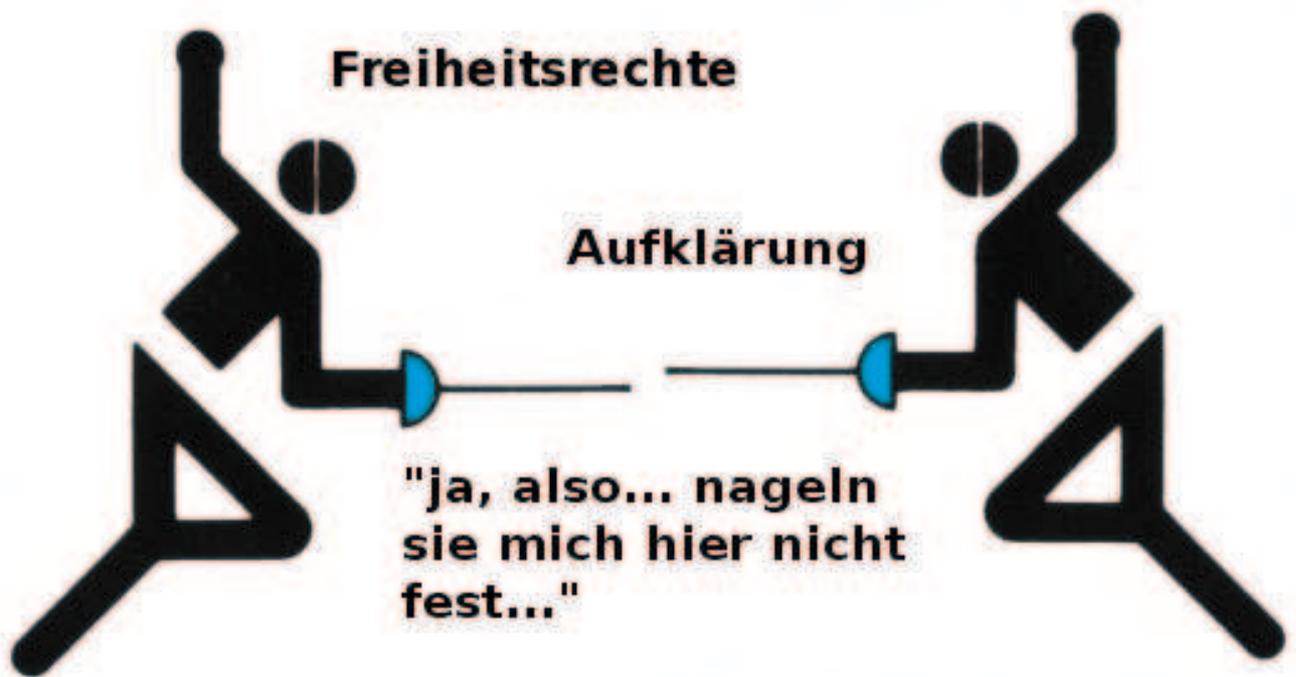
Killerphrasen killen (ÖVP)

Die Kunst sich selbst zu repräsentieren: Mode, Stil und Persönlichkeit – besser wirken durch perfektes Outfit (ÖVP)

Österreichische Parteien: die sozialdemokratische Partei Österreichs (Grüne)

Auf winterlicher Spurensuche (Grüne)

Jung und auf Jobsuche? (FPÖ)



Freiheitliches Bildungsprogramm

„Freiheitsrechte und so...“ – Politische Bildung in der FPÖ

In Seminaren des Bildungsinstitutes der FPÖ wird Bildung an Parteimitglieder und Interessierte herangetragen. In einem Selbstversuch wollten wir uns der Frage nähern, was politische Bildung für diese Institution eigentlich bedeutet – das Seminar „Freiheitliche Ideengeschichte“ sollte uns Aufschluss geben.

Der „Trainer“ benennt eingangs gleich Ziel und Sinn des Seminars: Sympathisanten und Mitglieder der FPÖ sollen „die Entscheidungsfindung im engeren Kreis [der FPÖ-Führung] erkennen und erklären können“. Auch der Alltag ist ihm wichtig: Die Ideologie der Partei biete einen Leitfaden für persönliche Entscheidungen im alltäglichen Leben.

Freiheitliche Idee

Und die freiheitliche Idee? Freiheitlich könne man auch mit nationalliberal übersetzen. Liberal steht dabei für „Freiheitsrechte und so“. Das Nationale bedeutet pathosgeladen: „patriotisch zu sein, Heimat- und Volksverbunden“. Etwas „das man sich einspeichern kann“ ist außerdem, dass die „FPÖ die längste demokratiepolitisch Geschichte Österreichs hat“ – schließlich wurzle die nationalliberale Idee und Bewegung – und damit die FPÖ – direkt in der Aufklärung!

Multi-kulti?

Für „multi-kulti“ sind die FPÖler*innen übrigens (bekannterweise) nicht zu haben – das wurde in der Diskussion um die Rolle des Deutschnationalismus für die FPÖ deutlich. Ein Einwurf stellte klar: Der „österreichische Hurra-Patriotismus der Partei“ ist ein Problem. Damit werde doch Volk und Partei verraten: „Wir haben eindeutig deutsche Wurzeln, die tausend Jahre zurückgehen: schon Karl der Große hat gegen Fremdvölker gekämpft.“ Österreich statt Deutschland – das sei multi-kulti. Der Vortragende reagierte sichtlich getroffen: „Mit multi-kulti habe ich nichts am Hut, darauf gebe ich Ihnen mein Wort. Privat, in meiner ... ja, ich bin ja auch in einer Burschenschaft... da bin ich auch ein Deutscher.“ Damit könne man aber schließlich „keine Wähler gewinnen“.

Nach drei Stunden voller derartiger Weisheit einer bestenfalls anekdotischen Geschichtsbeobachtung, vieler Versprecher’ („die Klerikalen ... ähh ... ja, also die Christlichen...“), Stimmungsmache („der Jud“) und einer ausschweifenden Diskussion über die Farbenwahl der deutschen Nationalflagge war uns schlecht. Und es lag nur zu einem kleinen Teil am miserablen Essen, das wir vorgesetzt bekamen.

von Dersma & k.Ls

**Podiumsdiskussion
UG 02 – bildungspolitischer Fortschritt
oder purer Wahnsinn?**

4. November 2009, 19:30

Aula, Campus Uni Wien, Hof 1

Im Schatten der Novellierung des Universitätsgesetzes, vom Nationalrat im Juli 2009 beschlossen, fragen wir – die Fakultätsvertretung Geisteswissenschaften an der Uni Wien – uns: Was bewirkte das Universitätsgesetz '02 und was bleibt von der Kritik daran? Welchen Tendenzen und Entwicklungen ist der aktuelle Bildungsdiskurs unterworfen? Was führte zum UG 02 und wohin führt(e) es uns? Was für gesellschaftliche Interesse und Visionen stehen dahinter? Welchen Lobbys wird damit gedient, wer profitiert davon?

Moderation: Judith Lecher (APA)

es diskutieren Kurt Grünwald (Grüne), Karl Ille (PLUM, Lehrbeauftragter an der Uni Wien), Aktivist*in vom Netzwerk emanzipatorische Bildung, und andere....

Vor der Demo ist nach der Demo – ein Beispiel

Die Situation:

Spontane Zusammenrottung im Universitätshof der Humboldt Universität zu Berlin. Einige übriggebliebene von der Bildungsstreik-Massendemonstration am 17. Juli lauschen auf der Wiese interessiert dem Papierhütchen tragenden Universitätspräsidenten, zu dessen Füßen sie sitzen. Sie applaudieren ab und an. Der Universitätspräsident redet allgemein über Unipolitik. Immer wieder hört ein Konsens, Gespräch und Lösungen-Finden. Verstärkt ist das Blabla durch ein Mikro. Die eben noch geschwungenen Plakate mit radikalen bildungspolitischen Forderungen liegen im Gras. Eine Gruppe von jungen Leuten in einheitlichen gelb-schwarzen Shirts moderiert. Zwischenrufe werden strikt unterbunden, Redselige haben sich für ihre 4 Sätze hinter dem Präsidenten anzustellen. Irgendwelche Demokratiefanatiker*innen von irgendwoher wollen irgendwas abstimmen, was dann irgendwie für alle gelten soll. HU-Student*innen sind vielleicht etwa 35 da. Der Präsident macht entspannt große Versprechungen. Den anwesenden studentischen Mitgliedern aus Universitätsgremien rollt es angesichts so viel Scheinheiligkeit die Fußnägel hoch. Kein noch so kleiner kritischer Einwand an der Tatsache, dass einer der zentralen Adressat*innen des Protestes eiskalt das Forum für sich nutzen kann und dafür auch noch bejubelt wird, findet Gehör.

Die Analyse:

Die Bildungsprotestbewegung brauchte circa eine halbe Stunde um institutionalisiert zu werden und sich selbst zu delegitimieren. Wahrscheinlich Rekordzeit, im Vergleich zu allen bisherigen Bewegungen. Null Systemkritik, null Herrschaftsanalyse, null Emanzipationsbestreben. Streik wurde zu geduldig lauschendem Gehorsam. Einsicht in die Notwendigkeit gepaart mit blinder Euphorie für Ergebnisse, die absolut gar nichts verändern. Die Protestler*innen hatten scheinbar nicht einmal ihre eigenen Forderungen verstanden.

Die Message:

Radikaler Protest sieht anders aus! Das einzige, was diese Begegnung der besonderen Art gebracht hat, ist eine plattgesessene Wiese, ein homogenes gelb-schwarzes Flimmern vor den Augen, gebrochener Protest ohne jede Bewegung und ein weiteres Foto auf der Homepage des SDS. Der Bildungsstreik 2009, ein einziger Flop. Wer radikal verändern will, darf sich eben nicht vom Konsens einlullen lassen!

SÖS! DieLinkeSDS Österreich Gibt's da was zu verpassen?

Immer dabei, hierarchisiert und parteigebunden. So zeigt sich die aktuelle Form politischen Zusammenschlusses auf der Uni in Schland mit dem Namen dieLinkeSDS. Was es mit diesem besonders kreativen Kürzel auf sich hat und wieso es auch in Wien linke Herzen nicht stillstehen, sondern sogar höher schlagen lassen könnte, dazu im Folgenden.

Seit nun mehr vier Jahren gibt es an mehreren deutschen Universitäten den dieLinkeSDS, den Sozialistischen Demokratischen Studierendenverband. Und ja komisch, die heißen wirklich so. Diese Gruppierung organisiert Lesekreise, Kongresse, kandidiert gegen links-autonome Asten¹ und bemüht sich um einen neuen Anstrich linker Unipolitik. Da aus Wien seit dem letzten Jahr immer wieder tatkräftig Busse organisiert und Vernetzungsgedanken gesponnen werden, ist es allerhöchste Eisenbahn einmal diesen ominösen neuen SDS mit Bestrebungen und Strukturen näher unter die Lupe zu nehmen und damit hinter die Schlagwortkulissen von „Make Capitalism History“ und „1968 – Die letzte Schlacht gewinnen wir“ zu blicken.

SDS – Von Damals, Heute und doch wieder Gestern

Dass der Mythos des Sozialistischen Deutschen Studentenbund, in Kurzform SDS, nach wie vor vom guten Beigeschmack lebt, ist nicht nur der Verklärung der hauptsächlich männlichen Alt'68er*innen zu verdanken, sondern auch dem besonderen Potential dreier Buchstaben zu romantisierender Projektion. Und dazu bedarf es nicht einmal eines Jubeljahres. Was damals nicht alles möglich war: In mehreren europäischen Hauptstädten zog es Student*innen auf die Straße, welche sogar temporär das Bündnis

mit der Arbeiter*innenklasse (dem altbekannten revolutionären Subjekt) eingingen und mit Pflastersteinen und Mao-Bibeln die Grundfesten der Gesellschaft irgendwie zum Wackeln brachten. Unzweifelhaft blieb dabei, dass die Systemfrage zu stellen sei und dass ein Reformieren gesellschaftlicher Verhältnisse unweigerlich in die Bestärkung dieser Verhältnisse münden und damit dem revolutionären Aufflammen der Gar ausgemacht würde. Dieses Revolutionieren rund um die Jahre 1967/68 ging mit perfidem Antizionismus, plumpen Antiamerikanismus² und weiteren ideologischen Kurzschlüssen einher. Denn eins³ zeigte sich, dem nationalen Jargon entsprechend, solidarisch mit dem „Befreiungskrieg des palästinensischen Volkes“ gegen den „imperialistischen Aggressor USA und dessen Brückenkopf im Nahen Osten Israel“. Ein weiterer nicht minder wichtiger Kurzschluss war die theoretische wie praktische Nichtauseinandersetzung mit der feministischen Kritik an der Trennung von Privatem und Politischem sowie dem damit einhergehenden Geschlechterverhältnis und der Internalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse durch das Individuum.

Soviel zur nicht unbekanntenen Kritik am SDS von damals. Generell wurde diese Kritik maßgeblich durch die Antinationalen, Antideutschen und Feministinnen seit den 1990er Jahren getragen. Sie ist eigentlich Grund genug, sich inhaltlich wie auch in den Kürzeln vom SDS zu verabschieden. Doch der Mythos ist zu groß, um auf dessen mög-

² Hier geht es nicht um die Diffamierung einer Kritik an der amerikanischen Kriegsführung in Vietnam oder einer grundlegenden Staats- und Nationskritik, sondern um Antiamerikanismus als Ressentiment gegenüber allem als *amerikanisch* Identifizierten. Jenes Ressentiment, welches gerade in Deutschland und Österreich, den beiden postnazistischen Staaten, eine lange Tradition aufweist, ist besonders durch seinen antimodernen, antiliberalen und nationalistischen Charakter bestimmt.

³ *eins* wird hier als geschlechtsneutrales Synonym für *man* verwendet.

¹ ASTA = Allgemeiner Studierenden Ausschuss. Entspricht den Studienvertretung in Österreich.

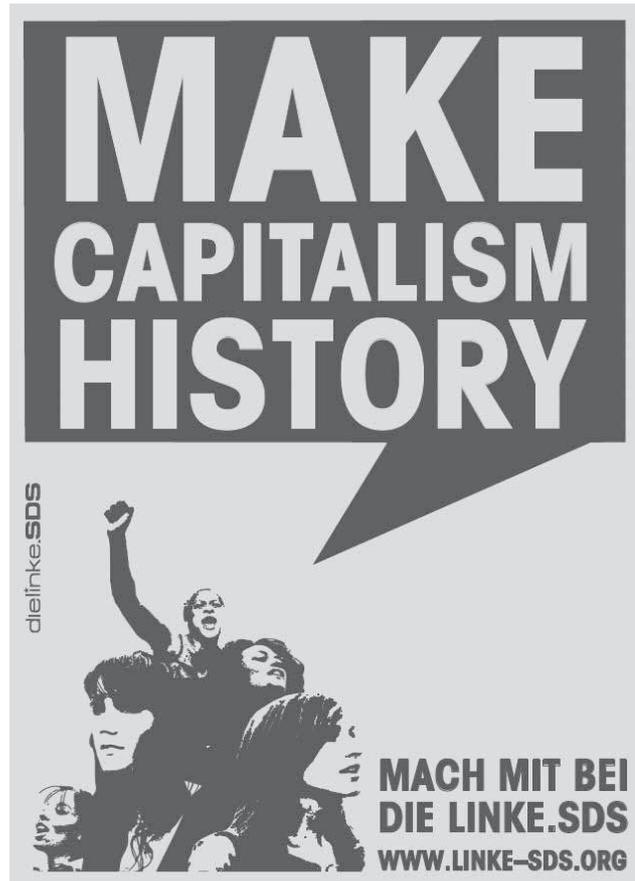


Damals.

liche Wirkmächtigkeit zu verzichten. Dadurch wird jedoch klar: Es geht um die Massen und nicht um die Inhalte.

Studierendenverband mit Parteianschluss

Natürlich wäre es gemein und unzureichend den dieLinkeSDS allein des Namens wegen zu dissen. Doch drängt sich bereits die grundsätzliche Frage auf, ob mit dieser originären Namenswahl denn wenigstens der kritische Anschluss an Straßenkampf, Kommune und Weltrevolution bewusst gesucht wird. Die Antwort darauf ist ein klares Nein, aus einem einleuchtenden Grund: Der dieLinkeSDS ist die Student*innenorganisation der Partei die Linke, ehemals PDS und steht dieser in Organisation und Hierarchisierung nur in we-



Heute.

nigen Aspekten nach. Somit fristen ganz simple emanzipatorische Grundlagen wie beispielsweise die Auseinandersetzung mit Hierarchien, die Abkehr vom Parteipolitischen und Parlamentarischen⁴ sowie die Erkenntnis, dass es irgendwie ums Ganze gehen muss, ein vergessenes Dasein. Nicht weniger entpuppt sich das Aufbegehren des dieLinkeSDS im diesjährigen Bildungsstreik in Berlin als reine Farce, da Bildungspolitik in Deutschland Ländersache ist und somit die eigene Student*innenorganisation gegen diejenige Fraktion der Landesregierung aufbegehrt, die eigene Geldgeberin und Mitgestalterin der Berliner Universitätspolitik zugleich ist.

⁴ Drückte sich unter anderem im Unvereinbarkeitsbeschluss von 1961 durch die SPD gegen den SDS von damals aus.

Doch werfen wir auch einen Blick auf die Praxis des dieLinkeSDS und holen ihn dort ab, wo er zu stehen vorgibt: *Sûr les pavés*⁵.

Ein Blick zurück in den Streik-Sommer 2009 in Schland

*Stell dir vor du begegnest einer linken Student*innenbewegung. Sie ist laut, bunt und viele deiner Freunde und Freundinnen gehen wegen ihr plötzlich auf die Straße. Sie ruft dir entgegen „mach mit!“, „sei dabei!“ und „zusammen können wir es schaffen!“.* Was tust du?

~~~~~  
***Gut organisiert und konsequent performt.***  
~~~~~

Starker bildungspolitischer Massenprotest – ein unmögliches Szenario in Zeiten fatalistischer Passivität? Scheinbar doch nicht. So einige Student*innen an deutschen Universitäten waren im letzten Sommersemester mit erwähnter Szene konfrontiert. Der Bildungsstreik 2009, für Insider*innen auch BS '09, suggerierte die seltene Chance sich direkt und unmittelbar in eine breite Front von Gegner*innen der aktuellen Bildungspolitik der deutschen Bundesregierung bzw. den jeweiligen Landesregierungen einzureihen und schien die Möglichkeit zu bieten, mal ordentlich Krawall zu machen. Universitätsgebäude wurden besetzt, Massendemonstrationen organisiert und im Live-Ticker im Internet konnte jede*r Student*in mit den sich Bewegenden mitfiebern. Jede Form „kreativer Aktionen“ war möglich: Luftballons steigen lassen, Ballspielen und Filmchen drehen. Jede Woche kündigten mindestens drei Plena Raum für Diskussionen an. Der jeweilige Uni-Campus wurde mit Info-Materialien

⁵ Anspielung auf den Spruch der 68er in Frankreich „*Sur les pavés il se trouve la plage*“ [Unter den Pflastersteinen befindet sich der Strand], wobei der dieLinkeSDS nicht nach dem darunter liegenden Strand zu graben scheint.

in jeder Form in krachig gelbem Einheitslook kartonweise übersät und in der Presse konnte eins die brav vereinheitlichten Kritikphrasen lesen, die von der ‚Pluralität der Bewegung‘ noch übrig gelassen worden waren. Der Ablauf der Protestwoche im Juni wurde effizient übersichtlich gestaltet. Montag: früh aufstehen und Uni-Räume besetzen, viel Lärm machen und Materialien verteilen. Dienstag: Workshop zum Transpi-Malen, Luftballons steigen lassen sowie andere Spielereien, die der Mobilisierung für den folgenden Tag mit bundesweiter Massendemonstration dienen. Am Donnerstag wurde für den gewissen Funken Kapitalismuskritik der gemeinsame Banküberfall⁶ angesetzt. Am Freitag schlossen letzte Blockaden und After-Show-Party den BS'09 ab. Eigentlich war für jeden Protestgeschmack und alle was dabei. Gut organisiert und konsequent performt. Bereits seit Anfang 2009 war regelmäßig zu Bildungsstreik-Vorbereitungstreffen eingeladen worden. Unzählige Verteiler wurden eingerichtet und an verschiedenen deutschen Universitäten Vollversammlungen abgehalten.

Genauer unter der Lupe

Was dem Einen oder der Anderen auf dem Campus als der übliche Alltag einer aktiven Bewegung erschien, wirkte auf kritische Betrachter*innen wie eine der immergleichen Bewegung-Shows, diesmal in der Bildungsstreikfarbe gelb-schwarz. Lässt eins sich tatsächlich aktivieren und unterzieht das Spektakel gleichzeitig einer Analyse mit der Frage „was genau passiert hier eigentlich?“, entsteht ein erkenntnisreicher Blick hinter die Kulissen. Kulissen, mit denen eins eigentlich nicht gerechnet hat, weil es beim Protest, der sich basisdemokratisch organisiert nennt, zumindest dem Anspruch nach kein Dahinter geben sollte.

⁶ An jenem Tag wurden mehrere Banken von protestierenden Student*innen für mehrere Stunden besetzt, bis die Polizei die Räumung einleitete.



Bundesweiter Bildungsstreik 2009.

Wer zum Beispiel einmal an einem der unzähligen Koordinierungsplena teilgenommen hat, konnte leicht feststellen, dass es keineswegs darum ging, gemeinsamen Protest zu planen und im Vorhinein Motivationen und Gründe für eben jenen ausführlich und mit inhaltlicher Substanz zu diskutieren. Selbst dazustößenden Neugierigen wurde irgendwann klar, dass es hier um ein bloßes Mitmachen ging. Um das Teilnehmen an einer Protestbewegung, die sich scheinbar irgendwelche Leute irgendwann, irgendwie in den Kopf gesetzt hatten. Lediglich in der Theorie schien die Möglichkeit zu bestehen, den ganz eigenen unabhängigen und spontanen Protest an der eigenen Uni zu organisieren. Auf den Praxistreffen hingegen dominierte plötzlich Entscheidungsdruck und Eile bezüglich organisatorischer Fragen, die sich auf einen zukünftigen Protest bezogen, dessen Hintergrund noch gar nicht diskutiert worden war. Mit „kreativen“ Einzelaktionen konnte eins sich in eine Protestchoreografie einreihen, die von woher auch immer kam. Kritik an derartigem Vor-

gehen wurde mit verwunderten Gegenfragen à la „Wie bitte, willst du etwa keinen schlagkräftigen Massenprotest?“ oder „Sei doch lieber froh, dass andere da schon was organisiert haben“ beantwortet.

~~~~~  
*Einfach nur mehr Geld bringt zum Beispiel gar nichts, wenn in völlig undemokratischen Entscheidungsstrukturen wieder irgendwelche Sachzwänge argumentiert werden, die mit richtig viel Kohle auch nur wieder richtig viel Scheiße produzieren.*  
~~~~~

Auch an diejenigen, die sich mittels universitärer Strukturen engagieren⁷, wurde die Erwartung herangetragen, den Protest dankbar zu unterstützen. Schließlich ginge es doch genau um das, wofür sich die Kandidat*innen der Listen im Student*innenparlament und in den akademischen Gremien immer einsetzen würden: eine bessere Unipolitik, an der sich viele Student*innen politisch beteiligen. Nun liegt der Unterschied ja bekanntlich im Detail und so ist „besser“ eben aus anderer Perspektive nicht einmal mehr gut.⁸ Einfach nur mehr Geld bringt zum Beispiel gar nichts, wenn in völlig undemokratischen Entscheidungsstrukturen wieder irgendwelche Sachzwänge argumentiert werden, die mit richtig viel Kohle auch nur wieder richtig viel Scheiße produzieren. Studierbarkeit wird nicht nur durch die Ausstattung mit Computern, sondern vor allem durch gute und kritische Lehre gewährleistet. Lehrinhalte und -methoden unterscheiden sich aber nicht nur durch mehr Geld

⁷ Überlicherweise Aktive in den Asten (Plural von AStA- Allgemeiner Studierendenausschuss) und Fachschaften.

⁸ siehe anschaulich im Kasten.



von denen vor 1945. Teil des Anliegens vom selbstbestimmten Lernen, ist nun mal auch die Selbstbestimmtheit. Das vorübergehende Einreihen in eine „Bewegung“, der Hilferuf an den Staat nach mehr Geld, all das scheint diesem Anliegen nicht unbedingt zuzuarbeiten, dachte sich, wer unistrukturvertraut oder irgendwie kritisch war. Geschweige denn systemkritisch⁹.

Und prompt wurde jegliche Kritik an den verkürzten Inhalten des Protests als dessen Boykott gedeutet. Jahrelange Politik von ASten sollte plötzlich durch eine Streikwoche „besser“ gemacht werden. Doch Protest kann Unipolitik nicht ersetzen, sondern maximal kritisieren oder unterstützen, weil Veränderungen immer Arbeit am Detail und Durchhaltevermögen erfordern. Das Hirnrissigste überhaupt ist es jedoch, diese Unipolitik im Namen des Protests zu unterwandern und Parallelstrukturen aufzubauen. Im unglaublichsten Fall, wenn eins auch noch die radikale Kritik an sämtlichen politischen Strukturen der Gegenwart vor sich her trägt. Zugegeben, ASten-Politik ist systemkonform. Sie kann lediglich kleine Freiräume bieten, die für linke Politik gegenwärtig unabdingbar sind. Natürlich bedürfte es einer ra-

⁹ Ein System, auf das sich im Bildungs-Protest beständig positiv berufen wurde: „Auch wir sind systemrelevant!“ (siehe: <http://www.bildungsstreik-berlin.de/page/index.php?show=dates> (Stand: 08.09.09)).

Protestzüge, Spektakel und ein Forderungskatalog, der den „Herrschenden“ doch endlich einmal klar machen müsste: Wir sind die Guten und ihr solltet auf uns, die Masse, auch hören.

dikalere Änderung der Zustände. Doch diese sollte nicht ausgerechnet durch die Abschaffung linker Asten eingeläutet werden. Am allerwenigsten braucht es jedenfalls eine noch schlechtere Version von derselben Scheiße.¹⁰

Wien 2009

Das Sommerloch liegt hinter dir, die Universitätsgesetz (UG) Novelle '09 vor dir. So bleibt kurz Zeit, sich einmal Gedanken über das eigene politische Dasein an der Uni, die privilegierte Malaise und bevorstehende Proteste zu machen. Viel Neues wird wohl doch nicht dabei sein, sagt eins sich ganz nüchtern. Und die Befürchtung, dass sich der UG Novellen Protest '09 nur wieder still und heimlich in den Schaukasten linker Selbstversicherung nach dem Motto „wir haben doch wenigstens etwas getan“, einreihet, liegt nahe. Doch nicht so nahe, dass endlich mit dem Drang zur Aktion mit Massenwirkung gebrochen wird. Ein Bruch jedoch, durch den der Reflexion, Analyse und Kritik des Gewordenen endlich Türen geöffnet werden könnten. Denn diese versprechen eher Raum für das Nachdenken über auch die Bildungs-

¹⁰ Den Autorinnen ist der bestehende und sich auch im Text manifestierende Widerspruch über die Notwendigkeit einer radikalen Veränderung des Bestehenden einerseits und der Relevanz einer kritischen Arbeit im Bestehenden durch die ASten und ähnlicher Gruppierungen an den Universitäten sowie auch einer möglichst weitreichenden Demokratisierung (Reformierung) andererseits, bewusst. Ein Zulassen und Arbeiten mit jenem erweist sich sinnvoller, als das blinde Rasen gegen oder sogar das Verneinen von gesellschaftlichen Widersprüchen überhaupt.

politik bestimmende Verhältnisse und progressiven Protest, der nicht hinter schon Gedachtes und Erlebtes zurückfällt.

Stattdessen lässt sich heuer die Wiederkehr des Immergleichen im neuen Deckmantel erahnen: Protestzüge, Spektakel und ein Forderungskatalog, der den „Herrschenden“ doch endlich einmal klar machen müsste: Wir sind die Guten und ihr solltet auf uns, die Masse, auch hören. Gebt den Universitäten mehr Geld, Lehrpersonal und Ausstattung. Dass diese Protestkampagnen oftmals hochsubventionierte Fraktionsprojekte sind, bei denen Image- und Stimmenaufwertung relevanter Teil des Ganzen sind, sei nur nebenbei erwähnt.

Eine grundlegende Kritik des Bildungssystems in seiner Selektivität, welches immer schon eine Auslese für die Unis bedeutet, bleibt nahezu aus. Eher werden ungerechte Konkurrenzverhältnisse angeprangert, als die Konkurrenz an sich als immanentem Bestandteil des Kapitalismus. Es werden somit bessere Chancen für das eigene Gedeihen im Status Quo gefordert. Jene verkürzte und allgegenwärtige Kritik findet ihren markantesten Ausdruck beispielsweise in der Forderung: „Die Wirtschaft soll sich aus der Bildung (hier: an den Universitäten) heraushalten.“ Damit wird aber der staatliche Zweck der Bildungspolitik, nämlich das Fitmachen für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt durch Schulen und Unis verkannt, das innere Verhältnis von Staat und Ökonomie wird übergangen und was bleibt ist ein ideologisch-idealistisches Anrufen an den Staat. Ein Anrufen an „denjenigen“, welcher diese als ungerecht wahrgenommenen Zustände organisiert. Dass sich durch diese Art und Weise des Protests nichts verändert hat und nichts ändern wird, ist mehr als offensichtlich und da hilft auch ein die LinkeSDS in Deutschland oder

ein möglicher dieLinkeSDS in Österreich nichts. Da kann eins noch so viel mobilisieren und fordern wie eins will.

*Stell dir also noch einmal vor, du begegnest einer linken Student*innenbewegung. Gib's da wirklich was zu verpassen?*

von Marie Melior und Elisabeth Lambrecht



Die schwer nachweisbare Eigenschaft

Nachdenken über Bildung, Halbbildung und Ellenbogen

Wollte man die Gegebenheiten Bildung und Mundgeruch einer Beliebtheitsskala zuordnen, fänden sie sich zweifellos an entgegengesetzten Enden wieder. Aller Wahrscheinlichkeit nach würden die meisten Menschen Ersteres für sich beanspruchen, um sich vom Zweiten um so heftiger zu distanzieren. Ist aber Bildung tatsächlich so weit verbreitet, wie sie möglicherweise als schmückendes Accessoire in Anspruch genommen wird?

Auf den ersten Blick scheint dem zu sein. Es ist unverkennbar festzustellen, dass „Bildung“ heutzutage boomt. Mit viel detailliertem Wissen und etwas Glück kann man schnell Gewinner_in von Geld und Sachwerten werden. Damit sind nicht zuerst die vielen, vielen Gewinner_innen und Preisträger_innen gemeint, die unermüdlich Rätsel auf Rätsel lösen und die Resultate an Zeitungen und Zeitschriften verschicken. Deren kleine Geld- und Sachpreise stehen längst im Schatten jener Millionenbeträge, welche private und öffentlich-rechtliche Fernsehanstalten den Sieger_innen ihrer zum Teil austauschbaren Rate- und Quizsendungen in die Tasche stecken. Im Vergleich zu den Bezügen vieler professioneller Sportler_innen oder von Protagonist_innen der Unterhaltungsbranche sind das zwar nur Peanuts, aber der Fakt allein ist bemerkenswert: Bildung findet die einer kapitalistischen Gesellschaft gemäße Anerkennung, denn es wird mit viel Geld „bezahlt“.

Vorbei also die Zeit, da Wissen und Bildung der kleinen Gruppe der Kleriker vorbehalten waren und nicht einmal gekrönte Häupter Briefe schreiben oder lesen konnten. Auch der Begriff des Bildungsbürger_innentums kann nicht mehr eli-

tär interpretiert werden. Heute hat in unseren hoch entwickelten westlichen Gesellschaften praktisch jede und jeder Zugang zu Schulen und Hochschulen – grundlegende Schulbildung ist schon längst gesetzlich verordnet und wird auch mit staatlichen Zwangsmitteln durchgesetzt. Nichtsdestotrotz bleibt Elitenbildung im universitären Bereich gängige Form und wird immer weiter verstärkt durch Zugangsbeschränkungen und andere Selektierungsprozedere.

Wissen und Bildung

Um im Bild der Quizsendung zu bleiben – wird dort wirklich gediegene Bildung belohnt oder mehr formelhaftes Faktenwissen oder gar beides? Die Antwort liegt keineswegs auf der Hand.

Das Wort Bildung führt in unseren Gehirnen ein bequemes Dasein, ist es doch eingebettet in Unmenge von Allgemein- und Spezialwissen, darunter auch ziemlich unnützes Wissen. Es drängt sich gar die Idee auf, mit dem Terminus Bildung die Wissensinhalte zusammenzufassen, ihn also als Oberbegriff von Wissen zu verstehen. Viel zu wissen bedeutete dann über eine gute Bildung zu verfügen.

~~~~~  
*Wissen und Bildung sind ganz bestimmt nicht identisch, so sehr sie auch Alltagsverstand und Alltagserfahrung miteinander vermengen.*  
~~~~~

Das scheint auch ganz vernünftig zu sein. Nahezu Jeder und Jedem ist zumeist aus eigenem Erleben ein_e stets gelobte_r Klassenbeste_r gegenwärtig. Jene oder jener lernte immer mehr und schneller als die anderen. Oft genug verfügte sie oder er über ein gutes Gedächtnis und nicht

selten auch über logisches Denkvermögen. Wer, wenn nicht sie oder er, sollte gebildet sein. Aber verkörpert ihr oder sein stets präsentenes Wissen tatsächlich schon Bildung? Auch strukturell und institutionell suggeriert sich Bildung gerne als Funktion von Wissen. Die vor allem auf Wissensvermittlung programmierten Schulen gehören zu den Bildungseinrichtungen einer Gesellschaft, orientieren sich an Stoffverteilungs- und Lehrplänen, werden von Bildungsrät_innen, Bildungsbeigeordneten und ganzen Bildungsministerien verwaltet – wie auch immer sie sich im Einzelnen nennen.

Wissen und Bildung sind ganz bestimmt nicht identisch, so sehr sie auch Alltagsverstand und Alltagserfahrung miteinander vermengen. Bildung ohne Wissen ist Nonsens. Wissen ist durchaus der Kern jeder Bildung, aber nicht mit ihr identisch. Es stellt sich sogar die Frage, ob Bildung ein den jeweiligen Umständen entsprechendes Maximalwissen zur Voraussetzung hat. Die Frage so zu stellen, meint eine verneinende Antwort. Der Weg schwer bewertbarer Quantitäten führt wohl nicht zum Ziel.

Was ist denn nun außer Wissen erforderlich, damit Bildung eintritt?

Diese Frage beschäftigte in unterschiedlicher Ausformulierung seit Jahrhunderten Philosophen und Gelehrte¹. So konstatierte der große Humanist Erasmus von Rotterdam (1465/69–1536), dass der Mensch nicht geboren, sondern erzogen wird. Das spezifisch Menschliche ist also nicht mit beziehungsweise durch die Geburt gegeben. Vielmehr wird es erst Stück um Stück durch soziale Kompetenz und Bildung anerzogen und erworben. Erasmus hat selber über 100 Bildungsbücher



geschrieben, um über Bildung die Menschlichkeit voran zu bringen.

Der englische Philosoph John Locke (1632-1704) wandte sich gegen die These von den angeborenen Ideen. Er arbeitete eine Erkenntnistheorie aus, in der den äußeren Wahrnehmungen und deren Verarbeitung durch differenzierte geistige Tätigkeiten eine tragende Rolle zukam. Das bedeutete im Hinblick auf Bildung nichts anderes, als dass sie aus einer aktiven Verarbeitung von Wahrnehmungen beziehungsweise von Wissen erwächst.

Wilhelm von Humboldt (1767-1835) entwickelte nicht nur ein noch heute relevantes Bildungsideal. Er hatte überdies die Möglichkeit, als Bildungsreformer auch praktisch wirksam zu werden. Das humboldtsche Bildungsideal, welches sich an weiße, bürgerliche Männer richtete², orientiert auf eine ganzheitliche Ausbildung von Kenntnissen in Verbindung mit der jeweiligen

¹ Hier wurde bewusst die männliche Form genutzt, um den Ausschluss von Frauen aus diesen Metiers zu zeigen

² Somit wird im folgenden die männliche Schreibform genutzt.

Studienfachrichtung oder einfacher gesagt, auf die Einheit von Allgemein- und Spezialwissen.

Damit lehnte Humboldt jene akademische Ausbildung ab, die auf die Schaffung von hoch spezialisierten Spezialisten hinausläuft, man könnte auch sagen: von Fachidioten. Es wird auch dem Bildungsreformer klar gewesen sein, dass wissenschaftliche Spitzenleistungen vor allem über fortwährende Spezialisierung erreichbar sind. Dennoch legte er auf ein breites Fundament Wert. Denn nicht das Akkumulieren von möglichst viel Wissen oder die Ausformung von brillanter Intelligenz war ihm das Ziel aller Bildungsbestrebungen. Das war und ist vielmehr der mit kritischer Distanz, Urteilsvermögen und Kreativität ausgestattete Mensch, der zudem in der Lage ist, über sich, seine Umgebung und die Gesellschaft zu reflektieren. Bildung meint also nicht ein Höchstmaß an Wissen und Intelligenz, sondern die Fähigkeit und Kompetenz, mit beidem verantwortungsbewusst und kreativ umzugehen.

Bildung und kategorischer Imperativ

Die aktive, handlungsanleitende Funktion von Bildung hat insbesondere Philosoph Immanuel Kant (1724–1804) eindringlich herausgestellt. Er legte den Menschen nahe, ihr Handeln daraufhin zu prüfen, ob es einer verallgemeinerbaren Maxime folgt und ob die davon betroffenen Menschen hinlänglich in ihrer Eigenständigkeit berücksichtigt werden. Er kleidete das Kernstück seiner Ethik in die Form eines kategorischen Imperativs, man könnte auch sagen eines Befehls. Dadurch erhob er diese Maxime zu einer Art *conditio sine qua non* für ein auskömmliches Miteinander der Menschen und ihre Entwicklung nach vorn.

Derart verantwortungsvoll können Menschen nur handeln, wenn sie sich auf einem bestimmten

intellektuellen Level bewegen beziehungsweise im Zuge der Annäherung an dieses. Natürlich ist damit die Bildung gemeint, denn nur gebildete Menschen können erkennen, prüfen, abwägen und entscheiden, wie in Übereinstimmung mit der Gesellschaft und den Interessen der anderen Menschen gelebt und gehandelt werden kann. Bildung ermöglicht zweckgerichtetes Entscheiden und Wirksam werden von Vielen. Interessenkollisionen sind wahrscheinlich nicht auszuschalten, aber es dürfte vermeidbar sein, dass sie zu Konflikten und schweren Konfrontationen auswachsen.

Wie schon weiter oben angedeutet, haben sich Humanisten, Aufklärer und auch Politiker_innen viel mit den Problemen Bildung und Erziehung befasst, um letztlich die Menschheit als Ganzes voranzubringen. Eine konstruktive Relevanz steht außer Zweifel. Insofern ist Bildung ein durch humanistisches Gedankengut positiv besetzter Begriff.

Bildungswege

Seit dem bildungsreformerischen Wirken Wilhelm von Humboldts sind rund zweihundert Jahre und mehrere gesellschaftliche Umbrüche vergangen. Zeit genug, möchte man meinen, dass sich beispielsweise in Mitteleuropa hoch effiziente Bildungssysteme etabliert haben und gebildete Menschen unter der Vielzahl Ihresgleichen nicht mehr auffallen.

Weit gefehlt. Unter den europäischen Industriestaaten gibt es nur wenige, die keine Probleme mit ihrem Bildungswesen haben. Die deutsche Bundesrepublik hat als eines der reichsten Länder sogar eines der schlechteren Bildungssysteme. Reformstau, Unterfinanzierung und mittelmäßige Absolventen sind allenthalben zu hörende Klagen.

Warum aber wird nicht oder nur halbherzig oder gar in der falschen Richtung gehandelt?

Insbesondere die weitgehende Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen in Europa zeigt an, dass der von der kapitalistischen Zweck- und Verwertbarkeitsorientiertheit ausgehende Verbilligungsdruck auch die Hochschullandschaft erreicht hat. Vielleicht wird er sie sogar eindrücken und Bildung zu einem eigentlich überflüssigen Luxus machen.

Begonnen hat dieser Trend in der Industrie selbst. In den westeuropäischen Wirtschaften stellte die oder der gut ausgebildete Facharbeiter_in lange Zeit das Rückgrat für eine qualitativ hochwertige und damit exportfähige Fertigung dar. Mittel- und langfristig erwies es sich als vorteilhaft, Wertarbeit auch zu leicht höheren Preisen einzukaufen.

US-amerikanische Unternehmen bevorzugten früh einen anderen Weg. Im Vertrauen auf die Überlegenheit der Technik verzichteten sie weit- hin auf Investitionen in die fachliche Ausbildung ihrer Arbeiter_innen. Es genügte ihnen, neu Einstellende rasch anzulernen und dann dem „learning by doing“ zu überlassen.

Auch die akademische Ausbildung wurde in der Breite einem eher kurz greifenden Zweckmäßigkeitsdenken unterworfen. Warum sollte das mittlere Establishment vier, fünf und vielleicht noch mehr Jahre studieren, wenn auch in drei Jahren das unbedingt Nötige anzueignen war. Die Bakkalaurea/der Bakkalaureus schien als erster akademischer Grad ausreichend zu sein, für die meisten Verwendungen in Wirtschaft und Verwaltung. Allerdings muss gerade hier in Rechnung gestellt werden, dass in den Staaten auch die Gegenteilstendenz präsent ist: die zuvörderst an ihrem Ziel orientierte akademische Spitzenausbildung.

Europa folgt dem us-amerikanischen Vorbild. Die Wirtschaft entzieht sich unübersehbar der Verpflichtung, für gut ausgebildeten Nachwuchs an Facharbeiter_innen zu sorgen. Der Staat soll dies nach Möglichkeit richten. Und der Bologna-Prozess kann auch als Abkehr vom humboldtschen Bildungsideal gesehen werden. Zumindest wird in der Bachelor-Phase die fachspezifische Ausbildung derart intensiviert, dass allgemeine und übergreifende Fragen zu kurz kommen. Die Dominanz der Wissensaneignung lässt nur wenig Raum für eine gediegene Wissensverarbeitung. Nun lässt sich einwenden, dass im Masterstudiengang das fehlende nachzuholen ist. Mag tatsächlich so sein. Aber nicht jeder wird sich zu dieser Art „Nachsitzen“ aufraffen beziehungsweise aufraffen dürfen. Unser Dasein ist nämlich schnelllebiger und oberflächlicher geworden. Was zählt, sind der schnelle Euro oder Bonus, die flinke und kecke Antwort, nicht aber die überlegte manchmal widersprüchliche und mitunter schmerzhaft abgewogene. Wozu auch, Skrupel, Gewissensqualen und die Mühen des Erkennens schaden nur dem, der sich ihnen freiwillig aussetzt.

Mittel- und langfristig werden Leute mit Bachelor-Abschlüssen und Absolvent_innen der zweiten und womöglich auch dritten Bildungswege die Masse der so genannten Akademiker_innen darstellen. Sie werden nicht wenige der unteren, mittleren und oberen Leitungsfunktionen ausüben. Und sie werden womöglich nicht einmal merken, dass sie nur über eine mehr oder weniger gediegene Halbbildung verfügen. Ihnen wird genau diejenige Studienform und Methodik fehlen, die Wissen zur Bildung werden lässt. Sie mögen klug sein, aber was ihnen fehlt, können sie nicht einmal „erfühlen“, wie Goethe es nannte.

Gerade die tradierte akademische Ausbildung ist für künftige Führungskräfte oft die einzige und auch letzte Gelegenheit, sich auf gleicher Ebene mit anderen Ideen, Sichtweisen und Personen auseinanderzusetzen. Zumindest in beträchtlichen Teilen wird ihnen eine Kultur der geistigen Auseinandersetzung fehlen, wie auch die Erfahrung, mit anderen auf Erkenntnissuche zu gehen. Das ist kaum noch nachzuholen, denn die späteren Strukturen drängen zu einsamen Führungsentscheidungen und deren autoritärer Durchsetzung.

Bildung durch Internet

Schulunterricht und Studium sind heute ohne Computer und Internet kaum noch vorstellbar. Umgekehrt ist bereits absehbar, wann etwa die so genannten Computermuffel und die altersbedingten Abstinenzler_innen eine marginalisierte Randgruppe darstellen.

Das Internet hat immer recht. Wozu da noch längere akademische Ausbildung.

Für nicht wenige Clevere, zumeist Absolvent_innen des zweiten und dritten Bildungsweges, stellt sich das Internet als ein gern genutzter, nahezu unerschöpflicher und alle Fragen beantwortender „Selbstbedienungsladen“ dar. Es gibt keine Wahrheit außerhalb. Das Internet hat immer recht. Wozu da noch längere akademische Ausbildung. Diese erzeugt doch nur weltfremde Theoretiker_innen, doch gebraucht würden clevere Praktiker_innen. Die wissen sich schon zu holen (oder zu klauen), was ihnen fehlt.

Ganz abgesehen davon, dass Anhänger_innen derartiger Denkweisen wieder einmal Wissen mit Bildung verwechseln, reflektieren sie nicht, wie

hilflos sie eigentlich dem Internet ausgeliefert sind. Dieses bleibt zuvörderst ein Medium, das der Aneignung von schriftlich fixiertem Wissen dient, wobei der/die Autor_in oft im Dunkeln bleibt. Irrtümer, einseitige Auswahl und falsche Gewichtungen sind und bleiben beileibe keine Ausnahmen.

Wissensaneignung durch Abruf, zumal durch Personen, die vordem nur höchst selten zu gedruckten Nachschlagewerken griffen, bleibt in aller Regel selektiv und zufällig. Es handelt sich auch um einen weitgehend passiven Vorgang, in dem die eigne Aktivität nicht einmal sanft provoziert wird. Videoübertragene Vorlesungen, Chatten und Twittern können zwar die Passivität der Wissensresorption auflockern oder vermindern, Bildung ersetzen jedoch nicht.

Das Nachdenken über Bildung findet nicht einmal vorläufig einen erfreulichen Abschluss. Die Widersprüche und Ungereimtheiten bleiben weiter groß. Bildung ist unerlässlich für eine gute Entwicklung des Einzelnen und der Gesellschaft. Letztere ist für die Schaffung der Voraussetzungen und Rahmenbedingungen der meisten Bildungsbereiche zuständig – und springt immer zu kurz. Selbst dort, wo sich in breitem Maße Bildung eingestellt haben sollte, ist dies offenkundig nicht der Fall. Das Streben nach humanistischer Bildung gleicht dem sinnlosen Tun des Sisyphus. Und doch muss der Stein immer wieder bergan gerollt werden, denn ohne Bildung wird es nicht besser.

von Sisyphus

vom Staat und der Politik haben will, würde im Seminar „Verbände, Verbändesysteme und soziale Bewegungen in Europa“ souverän als nicht zum Thema gehörig zurückgewiesen werden. Verstehbar wären Staat und Politik – frei nach Pohrt – nur denjenigen, die sie abschaffen wollen, und davon möchten die Institute für Politikwissenschaft als Ausbildungsorte für PolitikberaterInnen, KommentatorInnen der Tagespolitik und NGO-MitarbeiterInnen so gar nichts wissen.

Von dem Vorwurf über ihren originären Gegenstand nichts von kritischem Interesse sagen zu können, wären weder angehende noch promovierte PolitikwissenschaftlerInnen peinlich berührt, schließlich könne man nicht nur rumtheoretisieren sondern müsse auch mal die Ärmel aufkrempeln. Umgekehrt bleiben dort, wo nicht im feuilletonistische Stil über Obama, die EU oder Konfliktlösungsstrategien in Lateinamerika gesprochen wird, die allgemeinen Begriffe schlecht abstrakt oder wären schon als Wortschöpfungen selbst zu kritisieren. Als Studienassistentin an einem politikwissenschaftlichen Institut bekam ich einmal einen Stapel hochwissenschaftlicher und todlangweiliger Artikel zur Korrektur für ein Sonderheft der Politischen Vierteljahresschrift, dem Zentralorgan der deutschen Politikwissenschaft, deren kritisches Niveau sich ungefähr auf der Ebene des Verhältnisses von Ameise zu Haufen aufhält. Zu kämpfen hatte ich dabei zum Beispiel mit der Frage, ob sich nicht eine bessere Formulierung finden ließe für „Politiken“, die nicht näher benannte „Probleme angehen“ könnten. Gestoßen habe ich mich zunächst am umgangssprachlichen »angehen«, wollte aber bloß aus diesem Grund keine Korrektur vornehmen, denn was heißt schon *umgangssprachlich*, was *wissenschaftlich*? Aber daran war durchaus etwas richtig, denn „Umgangssprache“ ist die Bezeichnung für jenen Teil der Spra-

che, der den stärksten Wandlungen unterworfen ist, Einfallstor und Seismograph der Bewusstlosigkeit sozusagen. „Probleme angehen“ klingt wie der Dynamik-Motivations-Sprech der Unternehmensberatung, aktiv-hemdsärmeliges Vorwärtsschreiten, Problem erkannt – Problem angegangen. Mein Alternativvorschlag kam aus einer anderen Schublade des Technokratischen: Problem „behandeln“, an ihm eine Handlung durchführen. Das macht zwar die Individualisierung des Bürokratischen nicht mit, erinnert aber an medizinische Behandlung und war also nicht viel besser als der Stein des Anstoßes. Schließlich wurde mir deutlich, dass die ganze Konstruktion des Satzes, des Artikels, aller Artikel dieser Politischen Vierteljahresschrift sprachlich geradezu nach Verben aus dem Bereich des Verwaltungshandelns riefen. Denn die „Probleme“ interessierten nur insoweit als sie Gegenstand von „Politiken“ waren und nachdem weder die einen noch die anderen näher benannt wurden, reduzierten sich sämtliche Betrachtungen derselben auf die bloße Aufforderung zum Verwaltungshandeln. Keiner der Texte hätte noch irgend etwas zu sagen gehabt, wenn seine gleichzeitig syntaktische wie semantische Aufhängevorrichtung herausgeschraubt worden wäre: Ohne „Politiken“ oder „Policies“ kein Text, in dem diese Wörter wie Klammern Verschiedenes zusammenfassen, Ungleiches vergleichen mit dem einen Ziel der Produktion von flott-dynamischen Klang. Solche Texte sind in der Politikwissenschaft keine Ausnahme, eher die Regel. Das Verhältnis mag sich in anderen wissenschaftlichen Disziplinen, die nicht derartig nahe an der gesellschaftlichen Ideologieproduktion dran sind, umdrehen. Aber das wissenschaftliche Verfahren im allgemeinen bedeutet Phänomene zu klassifizieren, dafür mehr oder weniger sinnvolle Sammelbezeichnungen zu finden und sich dies in der wissenschaftlichen Community als erkenntnis-

fördernde Erklärung absegnen zu lassen.

Der Versuch der Messbarmachung wissenschaftlich-universitären Outputs in Gestalt von AbsolventInnenzahlen, der Zählung von Publikationen oder organisierter Fachtagungen, die Rankings nach dem Vorbild von Shows wie „Die zehn besten Hits der Volksmusik“, ist kein Ausfluss einer „Ökonomisierung“, die die Universitäten von außen bedrängt, sondern deshalb möglich, weil die Universität selbst Wissen in einer Form produziert, die das Vergleichen, Zählen, Standardisieren erlaubt. Das trifft nicht nur für die Naturwissenschaften zu, sondern ebenso für die Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften. WissenschaftlerInnen können sich zwar über den Kollegen lustig machen, der einen Allerweltskommentar zur politischen Lage für das lokale Boulevardblatt seiner Publikationsliste hinzufügt, aber gleichzeitig erfinden sie mit vollem Ernst Wörter wie „mehrfachparadigmatisch“, die in sich keinen Sinn ergeben. Sie reflektieren nicht auf ihre Begriffe, sondern fragen die Bedeutung von „Republik“ und „Demokratie“ im Multiple-Choice-Test ab und wenn sie sich darüber beklagen, dass die große Anzahl von Studierenden gar nicht mehr anders geprüft werden kann, schlagen sie sich entweder gleich auf die Seite der BefürworterInnen von Zugangsbeschränkungen und Studiengebühren oder beschwören ein untergegangenes Bildungsideal, die „Freiheit“ zur Produktion von Langeweile und Zustimmung zum Bestehenden. Kritisch, versteht sich.

Ob nun in Gestalt des GATS oder des österreichischen Wissenschaftsminister: Es gibt keinen Überfall des Marktes auf die Unis, sondern eher einen Überfall des Geistes, an dessen Reproduktion die Universitäten zuvörderst beteiligt sind.

von Irma Wolicka





Bildung für alle, sonst gibt's Krawalle!

Immer und immer wieder wird der abgelutschte Spruch bei jeder Bildungsdemo PassantInnen, Polizei und Häusern entgegen geschrien. Was er eigentlich genau bedeuten soll, ist unklar?
Ist es eine Forderung, eine Drohung, eine Erpressung?

Brennen die Studierenden das Institut nieder, wenn sie ins Seminar nicht hineinkommen? Wird die Schule besetzt, wenn die KlassenschülerInnenzahlen nicht sinken? Werden Straßensperren errichtet, wenn die Gesamtschule nicht kommt? Oder ist es die Angst keine Bildung zu genießen und für immer auf Gewalt angewiesen zu sein? Ist strebern eine Ablenkung, um das eigene Agressionspotential in den Griff zu bekommen? Oder Bildung um die Rebellierenden zahm und brav zu machen? Bildung um die Massen zu kalmieren? Verhindert womöglich Bildung die Revolution?

Bildung als Mittel der Emanzipation? Bildung um den Marsch durch die Institutionen anzutreten? Oder sollte Sarkozy vielleicht statt dem Kärcher doch lieber die Bücher bemühen? Bildung statt Krawallen???

von Doli

